

Gottesverhältnis an, so kann aus einem Denken, „als ob es Gott nicht gäbe“, auf die Dauer gar nichts anderes herauskommen als letztlich ein Verschwinden Gottes aus der Kultur.

Doch diese Unsichtbarkeit Gottes ist ja gar nichts Neues, das uns erst im 20. Jahrhundert treffen würde. Daß Er „im unzugänglichen Lichte wohnt“, daß Er „größer ist als Herz und Verstand“, daß Er „unaussprechlich“ sei, dies sind stets wiederkehrende Attribute bei allem den Eindruck von Authentizität erweckenden Reden – oder eben Stammeln – von Gott. Was uns verlorengegangen ist, was wir als Verlust an Christentum oder Religion beklagen, ist nicht das, was die Tradition der Gotteserfahrung (eigentlich) besagt.

„Wir können Gott nur finden, wenn wir alles auf ihn setzen“

Die Kirchen und die Theologen haben Gott bereits vereinnahmt, wenn sie uns vorschlagen, „an“ Gott zu glauben, wie man an die ärztliche Heilkunst, die Astrologie oder die Existenz des Schneemenschen glaubt. *Pascals* Bild der Wette ist treffender: *Man kann nur gewinnen, wenn man alles einsetzt, wenn man glaubt und handelt, „als ob es Gott gäbe“.* Diese in jeder Kultur ungewöhnliche Perspektive ist gerade für unsere indifferente Kultur so unverständlich *nicht*: Wir müßten eigentlich gelernt haben, daß wir uns auf Voraussetzungen einlassen müssen, die wir nicht beweisen können. Daß das, was aus kritischer Distanz als Fiktion erscheint, gerade dadurch den Cha-

rakter des Fiktiven verliert, daß wir so handeln, als ob es wahr wäre. „Wenn Menschen eine Situation als wirklich definieren, so ist sie wirksam in ihren Konsequenzen.“ Natürlich ist dies nicht der Inhalt der Wette. Denn für unsere alltäglichen Verrichtungen brauchen wir uns ja *nur auf Zeit* auf bestimmte Fiktionen einzulassen. Wir können sie auch wechseln. Das fällt im Rahmen einer pluralistischen Kultur gar nicht sehr auf. Die Wette allerdings besagt, daß wir nur gewinnen können, wenn wir alles auf *eine* Karte setzen. Dies ist wahrscheinlich der Gedanke, der uns Heutige am stärksten schreckt: Daß wir Gott nur finden, wenn wir alles auf ihn setzen: „Verkaufe alles, was Du hast, gib es den Armen und folge mir nach.“ Das läßt sich nicht beweisen, ist aber das fortgesetzte Zeugnis der christlichen Tradition und einer unüberschaubaren Zahl religiöser Menschen aus allen Jahrhunderten seit dem Kreuzestod Jesu. Es gibt diese Zeugnisse auch heute noch: Soeben etwa erschienen von einer Ärztin, geboren 1929 in Leipzig, getauft mit zwanzig Jahren, heute Ordensfrau und Leiterin des Leprabekämpfungsprogramms in Pakistan (*Ruth Pfau: Wenn Du die große Liebe triffst*, Freiburg i. Br. 1985). Wir können somit zum mindesten eines erfahren und wissen: Die Wette ist offen – auch in unserer indifferente Kultur. Gesellschaftlich gesehen, ist es ziemlich gleichgültig geworden, was man glaubt. Aber um den Glauben selbst, die Annahme unbeweisbarer Behauptungen über die Prämissen unseres Lebens kommt man nicht herum. Wir haben nur die Wahl, was wir glauben wollen. Und wir können wissen, daß die Art unseres Glaubens Konsequenzen hat. *Franz-X. Kaufmann*

Die Suche nach dem Mittelweg

Chinas gegenwärtiger Reformkurs

Als die Kommunistische Partei Chinas 1949 die Macht übernahm, wollte sie das Land im Rahmen einer sozialistisch-egalitären Gesellschaftsordnung modernisieren. Die Mittel stalinistischer Prägung – rigorose Planwirtschaft, Bevorzugung der Schwerindustrie, Konzentration auf Großbetriebe – versagten jedoch bald, zumal die schwerfällige Parteibürokratie ihren Aufgaben kaum gewachsen war. Pragmatiker wie Liu Shaoqi und Deng Xiaoping plädierten deshalb schon in den 50er Jahren für einen Abbau des Zentralismus und eine Lockerung des geistigen Klimas. Man wollte das Eigeninteresse der Bevölkerung wecken und sie so zu verstärkter Mitarbeit gewinnen. Der linke Parteiflügel um Mao Zedong plädierte demgegenüber für die radikale Beseitigung staatlicher Institutionen und die Errichtung einer Massendemokratie. Die Menschen sollten unter *direkter* Leitung der Partei, allein auf ihr revolutionäres Bewußtsein gestützt, China neu gestalten. Diese „Kulturrevolution“ (1966–68, in abgeschwächter Form bis 1976), die im Führerkult um Mao

gipfelte, erschütterte nicht nur die Gesellschaft in ihren Grundfesten, sie hatte auch fatale Folgen für die Wirtschaft, da man jegliches „Expertentum“ ablehnte und sich vom Ausland abkapselte.

Die „vier Modernisierungen“

Die chinesische Führung bemüht sich seit 1978 um die wirtschaftliche Erneuerung des Landes, wofür sie das Schlagwort der „vier Modernisierungen“ prägte: Reform der Landwirtschaft, der Industrie, des Bildungswesens und der Armee. Sie will die Effizienz der Wirtschaft im Rahmen eines begrenzten Wachstums steigern. Hierzu dienen strukturelle und technische Verbesserungen ebenso wie die Stärkung der Eigeninitiative, die durch materielle Anreize gefördert wird, aber auch durch die Dezentralisierung der Planung und die beschränkte Zulassung privater Kleinunternehmen. Die Grundpfeiler der neuen Politik, die wesentlich die Reformansätze der 50er

und frühen 60er Jahre weiterentwickelt, sind somit wieder der Leistungsgedanke und die Orientierung an marktwirtschaftlichen Ordnungsgrundsätzen (vgl. HK, Mai 1979, 262 ff).

Am weitesten gediehen die Reformen bisher in der *Landwirtschaft*, in der über 70% der Chinesen Arbeit finden. Die Volkskommunen wurden bis Ende 1984 aufgelöst, und seither bearbeiten mehr als 90% der bäuerlichen Haushalte ihr Land in weitgehend eigener Verantwortung. Im Rahmen langfristiger Verträge, die allerdings je nach Wirtschaftslage modifiziert werden können, pachten sie den Boden von der jeweiligen Produktionsgruppe. Sie mieten (oder kaufen) von ihr die benötigten Produktionsmittel und verpflichten sich zur Erfüllung bestimmter Planvorgaben, wobei sie Überschüsse u. U. selbst vermarkten können. Eine Parteidirektive vom März 1985 sieht vor, diese Produktionsquoten in Zukunft auf die wichtigsten Anbauprodukte – etwa Getreide – zu beschränken. Die Bauern dürfen dann gegebenenfalls selbst entscheiden, was sie produzieren wollen, müssen sich dann jedoch an die Marktverhältnisse anpassen. Im übrigen wurden längst die Restriktionen für den privaten Anbau von Produkten und deren Vermarktung gelockert (u. a. können maximal 15% der jeweiligen Agrarfläche privat genutzt werden).

Das System stärkt die *bäuerliche Großfamilie*, begünstigt allerdings die wirtschaftlich gesünderen Regionen und fördert die Einkommensunterschiede. Eine zu große Differenzierung hätte aber nachteilige Auswirkungen auf das Sozialgefüge, zumal die Rationalisierungsmaßnahmen ohnehin die ländliche Arbeitslosigkeit verschlimmern. Staatliche Hilfen sind kaum möglich, da den Gemeinden jetzt Gelder für Investitionen und Sozialaufgaben fehlen. Man ermuntert deshalb die Bauern zur Bildung von Kooperativen, die diese Probleme in Eigeninitiative bewältigen sollen. Außerdem wird man wohl die Einkommen wieder nivellieren, indem man die – derzeit überhöhten – staatlichen Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte senkt.

Die *Industriereform* befindet sich noch im Experimentalstadium. Erst seit Oktober 1984 gibt es konkretere Richtlinien für die betriebliche Selbstverwaltung, die den Unternehmen in Grenzen erlaubt, über die Produktion und deren Vermarktung sowie Löhne und Preise selbst zu entscheiden. Die vollständige Gewinnabführung wird sukzessive durch die Zahlung von Ertragssteuern ersetzt, so daß die Betriebe Fonds für Investitionen bilden können. Der Rahmen wird jedoch erst dann voll genutzt werden, wenn die staatliche Zentralplanung in sekundären Wirtschaftsbereichen durch „Leitlinien“ abgelöst ist. Gerade dies läßt aber noch auf sich warten, da das Ausmaß der möglichen Dezentralisierung der Planung umstritten ist (lebensnotwendige Bereiche bleiben in jedem Fall unter strikter staatlicher Kontrolle). Problematisch ist auch, wie die Unternehmen künftig innerbetrieblich kontrolliert werden sollen – ob durch Gewerkschaften oder etwa durch Arbeitervertretungen.

Derzeit wird eine *Reform der Lohn- und Preisstruktur* geplant, die die Betriebe zu weiteren Rationalisierungsmaßnahmen zwingt. Der Einsatz neuer Technologien soll dabei durch die Kooperation mit ausländischen Unternehmen erleichtert werden, und so wurden 1984 741 „Joint Ventures“ gebilligt –⁴ mehr als in den Jahren 1979 bis 1983 zusammen (Asia Week, 12. 4. 85). Wirtschaftszweige, die für Großunternehmen unrentabel sind, werden dagegen reprivatisiert. Hierzu gehören insbesondere die Produktion von weniger wichtigen Gütern des täglichen Bedarfs (vor allem in der Landwirtschaft), das Reparaturwesen und der Kleinhandel. Entsprechend gab es Ende 1984 5,4 Millionen privat wirtschaftender Haushalte.

Halbe Reformen in Bildungs- und Militärwesen

Der Wirtschaft fehlen in erheblichem Maße qualifizierte Mitarbeiter. Das während der Kulturrevolution geschaffene Einheitsschulwesen gestattete zwar weit mehr Schülern als früher den Besuch der Sekundarstufe, doch vernachlässigte man sträflich die fachliche Ausbildung zugunsten der politischen Schulung. „Expertentum“ war zudem verpönt, und so wurden die meisten Schulabsolventen zu manueller Tätigkeit aufs Land geschickt (viele durften bis heute nicht zurückkehren, da längst eine neue Schulgeneration nachdrängt).

Das jetzige Schulwesen beruht wieder auf einem diversifizierten System mit strikten Lernkontrollen. Es unterscheidet zwischen ländlichen, städtischen und „Schwerpunkt“-Schulen – letztere erfreuen sich besonderer staatlicher Unterstützung. Auf der Sekundarstufe gibt es außerdem Technikerschulen zur Ausbildung von Facharbeitern, die von 1/3 der 60 Millionen Schüler dieses Zweiges besucht werden. Die Zahl der Studienplätze an den rund 800 Hochschulen ist dagegen immer noch recht gering – 1984 wurden nur 430 000 Anwärter zum Studium zugelassen (China aktuell 2/85, S. 103). Ein Auslandsstudium ist nur wenigen möglich, obgleich gestattet ist, den Aufenthalt privat zu finanzieren (1978 bis Mitte 1984 studierten 33 000 Chinesen im Ausland, davon 26 000 mit staatlicher Unterstützung).

Das *Niveau der Schulen* ist je nach Region und Typ sehr unterschiedlich, da es vielfach an qualifiziertem Personal und finanziellen Mitteln mangelt. Die Allgemeinbildung der Schüler läßt oft zu wünschen übrig, was die Suche nach einem dem Abschluß entsprechenden Arbeitsplatz erschwert. Kinder der gehobenen Funktionärsschicht sind im Vorteil, weil sie leichter von Beginn an auf bessere Schulen gelangen und so eher die rigorosen Zulassungsexamina zur Sekundarstufe bzw. zum Studium bestehen. Diese Tendenz zur Elitebildung wird noch dadurch gefördert, daß ein Wechsel des Schultyps nur schwer möglich ist und Absolventen der Technikerschulen vom Studium ausgeschlossen sind. Viele junge Leute sind deshalb frustriert. Die Jugendkriminalität hat erschreckend zugenommen. Immerhin wurden aber 1981 die Ungerechtigkeiten des Systems teilweise abgemildert, indem man

seither bei der Zulassung zur Sekundar- bzw. Tertiärstufe auch wieder soziale Kriterien berücksichtigt. Eine grundlegende Reform des Schulwesens, die allen Schülern möglichst gleiche Chancen eröffnet, ist jedoch vorerst angesichts finanzieller Schwierigkeiten kaum zu verwirklichen.

Die *Armee*, die in der Vergangenheit oft genug eine gesellschaftliche Sonderstellung beanspruchte, muß sich gleichfalls in den Prozeß der wirtschaftlichen Erneuerung einfügen. Ihr Ansehen hat durch die Auswüchse der Kulturrevolution gelitten. Zudem zeigte der Grenzkrieg mit Vietnam im Jahre 1979 deutliche Mängel ihrer Schlagkraft auf. Dies erleichterte, sie wieder der Kontrolle durch die Militärkommissionen des Staates wie der Partei zu unterstellen (in beiden Gremien führt Deng Xiaoping den Vorsitz). Sie wird vermehrt zu zivilen Aufgaben (Straßenbau, Landwirtschaft) herangezogen, ja zahlreiche Waffenfabriken wurden auf die Produktion ziviler Güter umgerüstet. Sozusagen als Gegenleistung erhält die Armee neue – auch ausländische – Waffensysteme zugestanden.

Der Personalbestand soll von 4 auf 3 Millionen reduziert werden, wobei man insbesondere jene Soldaten und Offiziere pensionieren will, denen man Vergehen während der Kulturrevolution vorwirft. Eine weitergehende Bestrafung ist nicht vorgesehen, sie wäre wegen des hohen Anteils „linker“ Kräfte innerhalb der Armee auch kaum durchsetzbar. Diese Kreise haben wohl gleichfalls verhindert, daß bisher die Wiedereinführung militärischer Rangstufen unterblieb (sie soll 1985 nachgeholt werden).

Die ideologische Neuorientierung

Die ideologische Grundlage der Reformen bilden weiterhin der Marxismus-Leninismus und die „Ideen Mao Zedongs“, denen zufolge der Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats und der Führung der Partei aufgebaut wird. Die Prinzipien werden jedoch neu interpretiert. Der eigentliche Klassenkampf gilt als im wesentlichen beendet, er wird durch eine neue *Phase des sozialistischen Aufbaus* abgelöst – die „sozialistische Warenwirtschaft“. In ihr sind die Produktionsmittel vergesellschaftet, doch wird ihr Einsatz in sekundären Wirtschaftsbereichen teilweise durch kapitalistische Verfahrensweisen geregelt. Hierzu zählen marktwirtschaftliches Handeln gemäß Angebot und Nachfrage sowie die Privatisierung marginaler Wirtschaftszweige.

Wie ein Leitartikel der Parteizeitung „Rote Fahne“ vom Januar 1985 betont, hält man dies für durchaus mit dem Marxismus vereinbar. Marx habe die chinesischen Verhältnisse nicht voraussehen können, und so stelle seine Lehre diesbezüglich auch kein in jeder Hinsicht unumstößliches Dogma dar (vgl. China aktuell 2/85, S. 81). In dieser „Entdogmatisierung“ beruft man sich ausdrücklich auf Mao, der schon 1938 verkündet hatte, der Marxismus müsse an die Gegebenheiten Chinas angepaßt werden (man knüpft überhaupt gerne an frühe Thesen Maos an,

nur für die spätere Zeit, dem späten Mao wirft man „Fehler“ vor).

Dem Grundsatz der Pragmatik hat sich auch die Partei zu fügen. Sie soll sich auf ihre Führungsrolle konzentrieren und dort, wo es vernünftig scheint, Aufgaben delegieren. Entsprechend beruht die Verfassung von 1982 auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und unterscheidet wieder zwischen staatlich-administrativen und Parteifunktionen. Der Nationale Volkskongreß untersteht nicht mehr der *direkten* Leitung der Partei, wie in der Verfassung von 1975, sondern er ist alleiniges oberstes Staatsorgan. Er wählt u. a. den Staatspräsidenten, die Mitglieder der Regierung und die höchsten Vertreter der Justiz. Der Einfluß der Partei bleibt gleichwohl gewahrt, da sie ihn wie auch die nachgeordneten Volksvertretungen auf regionaler und kommunaler Ebene über ihre Mitglieder kontrolliert.

Die *Reorganisation der Partei* ist noch keineswegs abgeschlossen. Die 1978 entmachteten Maoisten wurden erst im September 1982 endgültig aus den Führungspositionen verdrängt. Seither gilt das *Prinzip der kollektiven Führung* – Generalsekretär Hu Yaobang ist de jure nur „primus inter pares“. Im Oktober 1983 begann eine Kampagne zur Neuregistrierung der 41 Millionen Parteimitglieder, die bis Ende 1986 dauern soll. Sie richtet sich gegen jene, die für Exzesse während der Kulturrevolution verantwortlich sind, aber auch gegen jene, die zu weitgehende Reformen befürworten. Bisher verloren 5000 der 400 000 höheren Funktionäre ihre Ämter (unter Beibehaltung der Bezüge). Auch für die unteren Ebenen ist kaum mit spektakulären Ergebnissen zu rechnen. Man geht nach Möglichkeit behutsam vor, und so will man vor allem durch die (legale) Pensionierung von zwei Millionen Veteranen jüngerer Kadern den Aufstieg in höhere Positionen erleichtern helfen.

Gefahren des Reformkurses

Die Reformen sollen der gesamten chinesischen Gesellschaft nützen und vor allem das wirtschaftliche Niveau heben. Die materiellen Anreize – bessere Versorgung mit Konsumgütern, gestiegene Einkommensmöglichkeiten – kommen vorerst aber nur einer eher kleinen Schicht der Bevölkerung zugute. So läßt das Konsumdenken Neid und Mißgunst wachsen, ja die Kriminalität stieg derart an, daß ihr auch mit drakonischen Strafen kaum beizukommen ist. Nicht zuletzt zahlreiche Funktionäre und Angehörige der Armee sind versucht, ihr karges Gehalt durch illegale Geschäfte aufzubessern. Ministerpräsident *Zhao Ziyang* warnte deshalb im März 1985 nochmals eindringlich vor dem Mißbrauch der neuen Freiheiten, zumal er den Gegnern des Reformkurses allzu leicht Argumente liefert. Entsprechend dient die Lohn- und Preisreform hauptsächlich dazu, die Einkommen wieder stärker anzugleichen und das Konsumdenken in gemäßigtere Bahnen zu lenken – eine allgemeine Anhebung der Realeinkommen ist nicht geplant.

Die Lockerung der politischen Kontrolle und die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten haben den *Wunsch nach größerer intellektueller Freiheit* genährt. Zeitweilig gestattete man sogar, daß etwa in der Kunstszene – wenn gleich in Grenzen – über gesellschaftliche Probleme kontrovers diskutiert wurde. Als die Partei jedoch ihr Meinungsmonopol bedroht sah, reagierte sie Ende 1983 mit einer Kampagne gegen die „geistige Verschmutzung“ (vgl. HK, März 1984, 146). Sie mußte dies um so mehr tun, als ein ausgeprägter parteibedingter Anti-Intellektualismus immer noch weit verbreitet ist und sich viele Funktionäre gegen die Einflüsse westlichen Denkens wehren (nicht einmal die Wiederbelebung konfuzianischer Traditionen im Schulunterricht wird gänzlich widerspruchslos hingenommen). Insbesondere Journalisten und Schriftsteller wurden eindringlich gewarnt, die Parteilinie nicht zu verlassen. Die Kampagne wurde zeitweilig abgeschwächt, lebte aber jüngst wieder auf. So betonte Zhao Ziyang im April 1985 erneut in aller Schärfe, für die Presse als das Sprachrohr der Partei könne es keinen Meinungspluralismus geben (Le Monde, 17. 4. 85). Immerhin werden aber Kritiker der Gesellschaft oft milder gemäßregelt als früher, vielfach beläßt man es bei verbalen Angriffen.

Die Politik der begrenzten Religionsfreiheit

Die chinesische Führung will dem Reformkurs eine möglichst breite Grundlage geben und bemüht sich, *Konflikte mit ethnischen und kulturellen Minderheiten abzubauen*. Obwohl der *Atheismus* offizieller Bestandteil der Staatsdoktrin ist, nimmt man deshalb die Konfessionen mittlerweile von der Kampagne gegen die „geistige Verschmutzung“ aus. Man erwartet als Gegenleistung, daß sich diese am Aufbau des Landes beteiligen, und so dürfen Gläubige sogar in die Volksvertretungen gewählt werden (dem Volkskongreß gehörten 1982 45 Repräsentanten von Religionsgemeinschaften an, darunter 11 Katholiken). Mehrfach erklärten hohe Funktionäre zudem, die Religion sei zwar in Klassengesellschaften oft ein Instrument der Unterdrückung, in klassenlosen Gesellschaften könne sie dagegen eine durchaus positive Rolle spielen. Angesichts der kulturellen Leistungen der Religionen sei es falsch, sie schlicht als „Opium des Volkes“ zu bezeichnen (vgl. UCA News, 17. 4. 85).

Die Verfassung von 1982 garantiert in Artikel 36 die Religionsfreiheit und *verboten*, Religionen zu *diskriminieren*. Entsprechend besitzen sie eine beschränkte Autonomie auf der Basis der Selbstverwaltung, Selbstsuffizienz und Selbstpropagierung. Eine Parteidirektive von 1983 präzisiert dies dahingehend, daß sie sich nicht in Belange der Regierung, der Justiz, des Heirats- und Erziehungswezens einmischen dürfen. Es ist verboten, Jugendliche zu taufen oder zum Studium der Bibel zu „zwingen“, über Fragen des Atheismus bzw. Theismus in Kirchen zu diskutieren oder religiöses Schrifttum ohne Genehmigung außerhalb der Kirchen zu verbreiten. Den Gemeinden ist

nicht gestattet, ausländische Unterstützung anzunehmen, sie dürfen aber intern Gelder sammeln, um etwa Ausbildungsstätten oder kulturelle Zentren einzurichten (vgl. China heute IV/85–2, S. 2). Es wird streng zwischen Religion und „Aberglauben“ unterschieden. Zu letzterem zählen Geisterbeschwörung und Wahrsagerei, aber auch z. B. kultische Ausprägungen des Konfuzianismus. So duldet man die gerade in ländlichen Regionen wieder auflebende Ahnenverehrung allenfalls widerwillig. Hohes Ansehen genießt dagegen die Tugendlehre des *Konfuzius*, insbesondere die ethischen Postulate der Gewissenhaftigkeit, Treue und Disziplin, die man um der kulturellen Kontinuität willen in die staatsbürgerliche Bildung einbezieht. Entsprechend gilt Konfuzius als bedeutender Denker und Erzieher auch für das heutige China, dessen Werk wissenschaftlich erforscht werden sollte, nicht aber als Begründer einer „Religion“.

Zur Rettung des Kulturerbes

Der auf der mystischen Naturphilosophie des *Lao Zi* und starken buddhistischen Einflüssen beruhende *Daoismus* wurde ebenfalls oft in die Nähe des Aberglaubens gerückt. 1980 gestattete man dennoch die Neugründung der Daoistischen Gesellschaft, die seither wieder rund 100 Klöster betreut. Dem Staat geht es dabei wohl vor allem um die Rettung des Kulturerbes des Daoismus, zumal man überhaupt bestrebt ist, die chinesischen Kulturtraditionen wiederzubeleben.

Ähnliches betrifft den *Mahayana-Buddhismus*, dessen Klöster wohl eher aus Gründen der Kulturpflege restauriert werden. Auch die seit 1984 erscheinende Neuausgabe des umfangreichen Kanons buddhistischer Schriften dient mehr den wissenschaftlichen Zielen. Demgegenüber unterhält die Buddhistische Gesellschaft für die auf 60 Millionen geschätzten Gläubigen nur wenige Ausbildungsstätten, in die jährlich einige hundert Mönche und Nonnen eintreten dürfen. Eine Sonderstellung nimmt *Tibet* ein, da sich der *Lamaismus* in der Vergangenheit auch als nationale, gegen die chinesische Oberherrschaft gerichtete Bewegung verstand. Von ehemals 2700 Klöstern waren Ende 1983 nur 23 (!) wiederhergestellt und den Gläubigen zugänglich, die aber gleichwohl jährlich über eine Million Pilger anziehen.

Die – offiziell – 13 Millionen sunnitischen *Muslime* gehören fast ausnahmslos ethnischen Minderheiten im strategisch wichtigen Nordwesten Chinas an. Hier kam es noch 1980 zu erheblichen Unruhen, ausgelöst durch die politische wie kulturelle Überfremdung durch die Chinesen. Inzwischen erhielten die *Muslime* zwar weitgehend ihre Moscheen zurück, doch es mangelt an theologischem Nachwuchs und auch an religiösem Schrifttum. Zudem leben sie in großer Abgeschlossenheit – Kontakte zu Glaubensbrüdern in der Sowjetunion sind selten möglich, und Pilgerreisen von Muslimen aus China nach Mekka werden nur in sehr wenigen Fällen gestattet. Die neofundamentalistischen Strömungen des Islam haben sie bisher kaum berührt.

Die christlichen Konfessionen

Die auf etwas über drei Millionen geschätzten *Protestanten* besitzen – neben der politischen „Autonomen-Drei-Selbst-Bewegung“ – im „Chinesischen Christenrat“ einen kirchlichen Dachverband. Dieser ist vor allem für die Aus- und Fortbildung der Geistlichkeit (u. a. am Seminar in Nanjing) sowie die Herausgabe religiöser Schriften zuständig. So druckte man bis 1984 wieder 1,4 Millionen Bibeln nach der „Standard-Version“ von 1919 (eine neue Übersetzung ist in Arbeit). Der Christenrat versteht sich als ökumenische Übergangsorganisation, die in einiger Zukunft durch eine neue Vereinigung abgelöst werden soll. Diese könnte den Weg zu stärkerer Glaubenseinheit beschreiten, wie sie bereits jetzt von manchen führenden Kirchenvertretern gewünscht wird (vgl. *China heute* IV/85–2, S. 5; *International Review of Mission* 294/1985, S. 178–184). Zahlreiche Protestanten, die bereits jetzt um die Eigenständigkeit ihres Glaubens fürchten, meiden deshalb die „offizielle“ Kirche und versammeln sich lieber in Hausgemeinden. Gleichwohl genießt der Protestantismus in mancher Hinsicht mehr Freiheit als andere Konfessionen. Immerhin amtieren 5800 Pfarrer, sind 1600 Kirchen geöffnet, können Protestanten auch am ehesten gelegentlich Kontakte zum Ausland pflegen. Vielfach sind dies Gesten des guten Willens gegenüber westlichen Staaten und Glaubensgemeinschaften, zumal man bei den Protestanten eine geringere Gefahr der „Fremdsteuerung“ sieht.

Die ca. drei Millionen *Katholiken* wurden 1983 von (offiziell) 3000, meist vor 1949 geweihten Priestern betreut (*China Bulletin/Rom*, März 1984). Viele gehören wohl nur formal der „*Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung*“ an, die den politischen Zweig ihrer Kirche bildet. Angesichts der Personalnot läßt man sogar verschiedentlich „*nicht-organisierte*“ Priester an den derzeit 500 Kirchen amtieren. Dies könnte sich aber bald ändern, nachdem 7 Seminare mit 320 Studienplätzen eingerichtet wurden, die allein Mitgliedern der Patriotischen Vereinigung offenstehen.

Konsolidierung der „patriotischen“ Kirche

Welchen Rückhalt die „Nationalkirche“ bei den Gläubigen hat, ist schwer abzuschätzen. Die Gottesdienste sind zwar verschiedentlich überfüllt, doch insgesamt besuchen nur 10–20% der Gläubigen die offiziellen zugelassenen Gottesdienste. Die Mehrzahl trifft sich wohl eher im kleinen *häuslichen Rahmen* zu Gebeten bzw. Meßfeiern. Dies ist nicht ungefährlich, da Hausversammlungen verboten sind, wenn sie den Familienkreis überschreiten. Ohnehin kann jede Art der Religionsausübung, die sich nicht in den institutionalisierten Bereich einfügt, strafrechtlich verfolgt werden. Dies gilt für den Besitz nicht-autorisierter Bibeln ebenso wie etwa für die Weigerung, der Patriotischen Bewegung beizutreten. In den letzten Jahren

wurden deshalb häufiger katholische Priester wegen derartiger „Delikte“ erneut zu längeren Haftstrafen verurteilt.

Das II. Vatikanum hat in China nur ein mäßiges Echo gefunden. Vertreter der Nationalkirche vermerken allerdings positiv den gestiegenen Einfluß der Bischofskonferenz wie der Laien. Die Messe wird weiterhin auf Latein gelesen. Als Hauptgründe werden hierfür das Traditionsbewußtsein der Gläubigen und das Fehlen geeigneter Meßbücher genannt. Überhaupt mangelt es vielfach selbst an grundlegendem Schrifttum, ja nicht einmal die Seminare besitzen genügend theologisches Unterrichtsmaterial. Dieses soll mittlerweile neu erarbeitet werden, wobei die Kirche um ein eigenes theologisches Profil bemüht ist. Im März 1984 betonte man auf einer Konferenz über katholische Lehrbücher, Grundlage der Lehre müsse die Bibel sein, man dürfe nicht „kirchliche Entscheidungen allein als Ausgangspunkt nehmen und die Bibel bloß für Anmerkungen zu den Entscheidungen der Kirche verwenden“ (*China heute* IV/85-1, S. 8). Das soziale und moralische Verhalten der Gläubigen habe sich zudem an den Interessen des Volkes zu orientieren. Die Kirche müsse also, von der Bibel ausgehend, im Einklang mit dem sozialistischen System handeln und so zu einer chinesisch-katholischen Theologie finden.

Gerade derartige Versuche der *Konsolidierung der „Nationalkirche“* (und weniger die Frage der Anerkennung Taiwans) belasten die Beziehungen Chinas zum Vatikan. Immerhin haben aber die informellen Kontakte in letzter Zeit erneut zugenommen, wie vor allem die Besuche von Vertretern des asiatischen Klerus (z. B. Kardinal Sin von Manila) in Beijing dokumentieren. Man scheint im Vatikan wieder größere Hoffnungen auf eine Annäherung zu hegen, doch ist man von einer Normalisierung der Beziehungen wohl noch weit entfernt.

Kurs mit Schwankungen

Der chinesische Reformkurs beruht auf der Maxime der politischen und wirtschaftlichen Effizienz. Es sind denn auch vor allem pragmatische Gründe, die die Partei veranlassen, begrenzte Freiheiten zu gewähren, ihr Machtmonopol aber will sie keineswegs aufgeben. Man wird dies nur sehr bedingt als „Liberalisierung“ bezeichnen können – weit eher ist es der Versuch, einen Mittelweg zu finden zwischen dem Extrem der Kulturrevolution und einer tatsächlichen Demokratisierung der Gesellschaft. Der Kurs ist Schwankungen unterworfen, hervorgerufen durch äußere Notwendigkeiten wie durch die Machtverhältnisse innerhalb der Partei. Langfristig kann er nur gehalten werden, wenn die Führung hiermit ihr Versprechen einlöst, das wirtschaftliche Niveau Chinas entscheidend zu heben. Die Voraussetzungen sind allerdings nicht schlecht, wie die bisherigen Zuwachsraten der Wirtschaft zeigen.

Peter Drews